

PARLAMENARISCHE INITIATIVE von Claudio Schmid (SVP, Bülach), Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti) und Hansjörg Fischer (SD, Egg)

betreffend Gesetz über die Unterstützung des Opernhauses Zürich durch den Kanton (Opernhausgesetz)

Das Opernhausgesetz vom 25. September 1994 wird wie folgt geändert:

- § 1. Der Staat unterstützt den Betrieb eines Opernhauses in der Stadt Zürich.
- § 2. Der Kantonsrat beschliesst zu diesem Zweck jeweils für mindestens drei Jahre einen Rahmenkredit gemäss § 3 Abs. 2 lit. b des Staatsbeitragsgesetzes.
Der Beschluss über den Rahmenkredit untersteht dem fakultativen Referendum.
- § 3. Der Regierungsrat schliesst einen Subventionsvertrag ab, der die gegenseitigen Rechte und Pflichten regelt.
Der Subventionsvertrag unterliegt der Genehmigung durch den Kantonsrat.
- § 4. (aufgehoben)
- § 5. Der Subventionsvertrag bedarf erstmals vor dem Beschluss des Kantonsrates über den Rahmenkredit für die Spielzeiten 2012/13 – 2017/18 der Genehmigung durch den Kantonsrat.

314/2006

Claudio Schmid
Stefan Dollenmeier
Hansjörg Fischer

Begründung:

§ 2. Referendum

Die Grundlage zur Beschlussfassung regelmässiger Rahmenkredite bildet das Opernhausgesetz. Grundsätzlich sind Rahmenkredite gemäss dem Staatsbeitragsgesetz gebundene Ausgaben und sind nicht referendumsfähig. Weil aber die Gesetzgebung aus dem Jahr 1994 von jährlich wiederkehrend 50 Mio. Franken ausging und heute über 70 Mio. Franken beansprucht werden, haben sich die Voraussetzungen massiv verändert. Die übersteigenden Kosten sind zum Teil nicht gebunden, das heisst sie entsprechen nur noch zum Teil dem ursprünglichen Zweck. Verschiedene Elemente des Rahmenkredits 2006-2012, welcher der Kantonsrat am 30. Oktober 2006 bewilligte, weisen nicht den Charakter der Gebundenheit aus.

§ 3. Mitspracherecht

Der Kantonsrat soll materiell über den Vertrag mit der Opernhaus Zürich AG mitentscheiden können. Zurzeit stellt die Regierung das Parlament vor definitive Tatsachen. Mit dem Mitspracherecht wird das Parlament für solch wichtige und hohe Subventionen an private Unternehmungen gestärkt.